

FRAKTIONSBSCHLUSS

» GUT LEBEN IM ALTER – JETZT UND IN ZUKUNFT

GRÜNE ECKPUNKTE FÜR EINE ZEITGEMÄßE ALTENPOLITIK



5. Juli 2016

ALTER(N) IM 21. JAHRHUNDERT

Aktiv, gesund und gut abgesichert – so wünscht sich die Mehrheit der Menschen in Deutschland ihr Leben im Alter. Doch so unterschiedlich die Lebensentwürfe der heute Jüngeren, so unterschiedlich ist ihr Bild davon, wie „Gutes Leben im Alter“ aussieht. Während den einen wichtig ist, ihren heutigen Lebensstandard zu halten, finden andere Selbstbestimmung entscheidend – ob beim Wohnen oder dabei, nicht nach einer starren Altersgrenze aus dem Beruf gehen zu müssen. Für viele ist es vor allem wichtig, bis ins hohe Alter teilzuhaben, sich einmischen zu können und ihr soziales Netz aus Freunden und Familie zu erhalten.

Gleichzeitig treibt immer mehr Menschen die Sorge um, ob sie im Alter in die Armut abrutschen. Vor allem junge Frauen und Männer, die mit Anfang bis Ende Dreißig im Job Fuß gefasst haben, sehen pessimistisch auf ihre Rentenzeit. Die Frage „Wie werde ich im Alter leben?“ blitzt auf und begleitet viele auch in den weiteren Lebensphasen. Jüngere und Ältere eint die Sorge, ob sie mit der eigenen Rente werden auskommen können und wie sich ihr Leben gestaltet, wenn sie etwa pflegebedürftig werden.

Gleichwohl: aktiv zu sein und selbstbestimmt zu bleiben, ist nicht nur das Bild, das Medien gerne vom Altern zeichnen. Die meisten der heute 75Jährigen sind gesünder, leistungsfähiger und aktiver als noch vor 20 Jahren: sie reisen im Camper um die Welt, posten im Familien-Whatsapp den Blick auf den Sonnenuntergang oder geben Deutschkurse für junge Flüchtlinge. Im Altern kann ein Anfang liegen – das Leben manche der heute Alten den jüngeren Generationen vor. Das Altern im 21. Jahrhundert wird noch vielfältiger und entschieden „bunter“. Rentner von morgen können die syrisch-stämmige Lehrerin sein oder der seit 30 Jahren verpartnerte Optiker. Der Opa, der eng mit seinen eigenen und den Patchwork-Kindern verbunden ist, genauso wie die ehemalige Verkäuferin, die ihre Kinder allein groß gezogen hat und auf Grundsicherung angewiesen ist. Bereits heute geht die Wohlstandsschere bei den Älteren weiter auseinander. Sie alle brauchen eine realistische Antwort darauf, wie „gutes Leben im Alter“ gehen kann. Hier hat die Politik ihre Aufgabe und muss Veränderungen anschieben: Sie muss den Rahmen dafür schaffen, dass Frauen wie Männer selbstbestimmt auch im Alter gut leben – unabhängig vom Geldbeutel oder der Frage, ob jemand eingewandert oder einheimisch ist. Wer heute noch jung ist, muss wissen, was für Angebote es gibt, für das Alter vorzusorgen. Wer auf Hilfe angewiesen ist, braucht Unterstützung und Leistungen, die passen. Dafür braucht es bessere Beratung als bislang.

GRÜNE POLITIK FÜR EIN GUTES LEBEN IM ALTER

Wir als grüne Bundestagsfraktion setzen uns dafür ein, dass Menschen im Alter selbstbestimmt leben können. Denjenigen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, stehen wir zur Seite. Dafür steht unser Konzept „Gut Leben im Alter“, das mehr Lebensqualität auch für diejenigen bringen soll, die belastende Berufsbiografien oder wenig Geld haben. Menschen in der Lebensmitte sollten es einfacher als bislang haben, sich auf ihr Leben im Alter vorzubereiten. Darauf setzt unser Konzept einen Fokus. Zu-

dem nimmt unser Angebot Frauen besonders in den Blick. Auch die nächste Generation der Rentnerinnen hat oft nur geringe Renten zu erwarten und ist häufiger als Männer von Altersarmut betroffen. Gutes Leben im Alter muss inklusiv sein. Darum denken wir immer auch die Perspektive von älteren MigrantInnen und älteren Menschen der LGBT-Community (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender Menschen) mit.

Unser Konzept „Gut leben im Alter“ verschränkt vier Lebensbereiche, die nur gemeinsam hohe Lebensqualität im Alter ermöglichen. Denn wer heute den politischen Rahmen dafür gestalten will, darf nicht allein über die Rente reden.

- 1 | Altern – gut abgesichert: Menschen brauchen im Alter ein sicheres Auskommen. Und es muss ausreichend für alte Menschen geeignete bezahlbare Wohnungen geben.
- 2 | Altern – bei möglichst guter Gesundheit: Grüne Präventions- und Pflegepolitik zielt darauf ab, dass Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung führen können, auch wenn sie Hilfe brauchen und dass sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Ebenso ist Gesundheit zu fördern, ein zentraler Baustein zeitgemäßer Altenpolitik.
- 3 | Altern – selbstbestimmt und mobil: Das Recht auf Selbstbestimmung hat für uns keine Altersgrenze und gilt selbstverständlich auch für diejenigen, die beeinträchtigt sind. Menschen sollen bis ins hohe Alter entscheiden und wählen können, wie sie wohnen und wie sie sich fortbewegen. Dazu gehören neue Wohnformen und eine neue, nachhaltige Mobilität.
- 4 | Altern – beruflich und sozial aktiv: Ziel grüner Altenpolitik ist es den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten und im Ruhestand erfüllenden Aufgaben nachgehen zu können. Menschen wünschen sich auch im Alter ein soziales Netz und eine aktive Nachbarschaft.

ALTERN – GUT ABGESICHERT

Im Alter arm zu sein, ist für viele Menschen der heute mittleren Generation eine große Sorge – und für viele ein reales Risiko. Menschen, die wenig verdient haben, die nicht immer erwerbstätig waren oder häufig ihren Job gewechselt haben, sind davon ebenso betroffen wie Frauen, die über viele Jahre zugunsten ihrer Familie im Beruf in Teilzeit statt Vollzeit gearbeitet haben. Diese Personen sorgen sich vor dem Hintergrund des gleichzeitig sinkenden Rentenniveaus längst nicht allein um ihren Lebensstandard, sondern fürchten durchaus berechtigt massive Altersarmut.

Wir wollen das Rentenniveau stabilisieren und sicherstellen, dass auch nicht ganz vollständige Erwerbsbiographien zu einer armutsfesten Rente führen. Von der Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger profitieren, indem diese Schritt für Schritt zu einer Bürgerversicherung ausgebaut wird.

Mit einer steuerfinanzierten Garantierente wollen wir dafür sorgen, dass langjährig Versicherte in jedem Fall eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten. Das kommt vor allem Frauen zugute, die aufgrund von Kindererziehung und Pflege deutlich geringere Renten zu erwarten haben als Männer. Für alle anderen die diese Versicherungszeiten nicht erfüllen oder für die, die Bedarfe oberhalb der Garantierente haben, brauchen wir auch weiterhin eine zuverlässige und verbesserte Grundsicherung im Alter.

Menschen in ihrer Lebensmitte ist es wichtig, regelmäßig und verlässlich einen Überblick zu bekommen, wie ihre Einkommen im Alter sein werden. Denn in dieser Phase ihres Lebens können Beschäftigte noch nachsteuern und auch mit kleinen Beträgen noch zusätzlich vorsorgen. Wir wollen alle Rentenansprüche in einer Renteninformation zusammenführen: Sie soll regelmäßig über Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge informieren.

Um präventiv Armut im Alter zu vermeiden, ist es wichtig, dass alle, Frauen wie Männer Zugang zum Arbeitsmarkt haben und ein eigenes existenzsicherndes Einkommen erhalten. Hierzu gehören sichere Beschäftigungsverhältnisse, faire Löhne und „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“. Dazu gehört außerdem im Wesentlichen Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen und guten Arbeitsschutz zu bieten, damit sie langfristig gesund bleiben und am Arbeitsmarkt teilhaben können. Ebenso brauchen Beschäftigte, die gesundheitlich beeinträchtigt sind, gute Möglichkeiten zur Wiedereingliederung in den Beruf. Wer Teilzeit arbeitet, soll das Recht haben, auf Vollzeit zurückzukehren.

Ob die eigene Rente ein gutes Leben im Alter ermöglicht, hängt auch grundlegend davon ab, ob die eigene Wohnung geeignet und bezahlbar ist. Auch im Alter brauchen Menschen die Sicherheit, weiter in den vertrauten vier Wänden leben zu können. In der Nähe von Menschen, die sie kennen oder d im vertrauten Quartier, in dem sie große Teile ihres Lebens verbracht haben. Mit möglichst kurzen Wegen zum Arzt oder Bäcker. Grüne Wohnungspolitik muss dafür sorgen, dass Mieten bezahlbar und den Einkommensverhältnissen angepasst bleiben. Damit ist ein wichtiger Schritt für selbstbestimmtes Wohnen und Leben getan.

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich für ein sozialökologisches Mietrecht ein, stärkt Programme zum sozialen Wohnungsbau und fördert Wohnformen, die am Gemeinwesen orientiert sind. Fair, gut und günstig zu wohnen – das muss allen Menschen möglich sein, auch mit kleinen Einkommen oder kleiner Rente.

ALTERN – BEI MÖGLICHST GUTER GESUNDHEIT

Menschen in Deutschland haben eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit. Der viel besprochene demografische Wandel ist zu allererst eine Erfolgsgeschichte: Für immer mehr Menschen sind die gewonnenen Lebensjahre erfüllte Jahre. Gesundheit im Alter spielt eine zentrale Rolle und wird von vielen als das höchste Gut bezeichnet. Mit dem Präventionskonzept der grünen Bundestagsfraktion wollen wir Gesundheit dort fördern, wo die Menschen leben und arbeiten. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, ein möglichst gesundes Leben führen zu können – schon in jungen Jahren. Denn das hilft, um altersbedingten gesundheitlichen Herausforderungen des Alltags vorzubeugen. Zu unserem Präventionskonzept gehören deshalb auch Initiativen für ein gesundes Älterwerden durch gesunde Ernährung und eine unbelastete Umwelt.

Kommunen spielen eine Schlüsselrolle, um Menschen ein lebenswertes, gesundes Umfeld zu bieten. Sie verantworten zentrale Felder der Daseinsvorsorge. Grüne Präventions- und Pflegepolitik zielt darauf ab, dass Menschen ein selbstbestimmtes Leben in den heimischen vier Wänden oder im vertrauten Quartier leben können, auch wenn sie Hilfe brauchen. Sie will den Kommunen auch im ländlichen Raum mehr Möglichkeiten geben, Gesundheit im Lebensumfeld der Menschen zu fördern. Kommunen sollen künftig eine stärkere Rolle dabei haben, Präventionsangebote zu planen, zu steuern und zu gestalten. Das gilt auch für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung vor Ort.

Die ermöglicht Bürgerinnen und Bürger, auf das Angebot der kommunalen Gesundheitsleistungen Einfluss zu nehmen. Dafür müssen die Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Wir wollen, dass alle Angebote so miteinander verzahnt sind, dass ein effizientes Hilfenetz entsteht, das auch im ländlichen Raum trägt. Erst dann wird auch sichtbar, welche Defizite noch vorherrschen. Denn klar ist: Die heutige und zukünftige Anforderung in der Pflege umfasst mehr an Beratung und Koordination als bisher in den Pflegestützpunkten geleistet werden kann. Kommunen sollen deshalb die Möglichkeit bekommen, eine Anlaufstelle aufzubauen, die alle Hilfe- und Pflegeangebote vor Ort vernetzt und koordiniert. Wir wollen, dass Menschen auch bei Hilfe und Pflegebedarf in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Deshalb muss diese Stelle unabhängige und neutrale Pflegeberatung bieten, und zudem Angebote erfassen, zusammenführen und neue anstoßen. Pflegebedürftigen Menschen in

schwierigen Versorgungssituationen wird bei Bedarf ein individueller Case-Manager zur Seite gestellt, der ein passendes Versorgungssetting zusammenstellen kann. So greifen – besser als heute – Angebote von Selbsthilfegruppen, Krankenhäusern und Therapeuten, von ehrenamtlichen Pflegebegleitern, der ambulanten Dienste oder der mobilen Reha besser ineinander.

Selbstverständlich richtet sich grüne Politik aber nicht erst morgen, sondern schon heute an Menschen, die besonders schutz- und hilfebedürftig sind. Wer heute krank oder beeinträchtigt ist, wer Pflegebedarf oder Sterbebegleitung wünscht, muss sich sicher sein können, vor Ort die notwendige Beratung, professionelle Hilfe und Unterstützung zu bekommen. Das gilt nicht nur für die Kranken oder Pflegebedürftigen selbst, sondern auch für ihre Partner, Kinder oder die enge Freundin, die unterstützend zur Seite steht. In der grünen Pflegepolitik spielen pflegende Angehörige eine ganz tragende Rolle.

Auf viele Menschen kommt in der Lebensmitte immer häufiger die Aufgabe zu, die alten Eltern oder Angehörige zu unterstützen oder zu pflegen. Der Wunsch, für die nahen Menschen da zu sein, ihre Betreuung und Pflege selbst zu übernehmen, wird oft erst dadurch möglich, wenn Pflege und Beruf besser vereinbar sind. Für viele pflegende und begleitende Angehörige sind flexible Freistellungen und flankierende Unterstützungsangebote eine notwendige Bedingung, sich für die Pflege zu entscheiden. Dazu führen wir für Akutsituationen jährlich eine 10-tägige bezahlte Freistellung, die für die Zeit der Pflagetätigkeit genutzt und flexibel in Anspruch genommen werden kann. Mit der Grünen PflegeZeit Plus wollen wir allen die Möglichkeit geben, für drei Monate aus dem Beruf auszusteigen und sich ohne Einkommensverlust um die Pflege von Verwandten und Freunden zu kümmern. Zuwendung und Pflege brauchen Zeit und Absicherung, die wir Menschen geben wollen, die sich dafür entscheiden. Wir wollen das Netz von flexiblen Tages- und Nachtpflegen sowie Hol- und Bringdiensten ausbauen. Denn nur wenn es ausreichend unterstützende und entlastende Angebote für die häusliche Pflege der Angehörigen gibt, ist es für diese Menschen möglich, langfristig zu pflegen und dabei berufstätig zu bleiben, wenn sie es wollen.

Die Finanzierung einer guten gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung, die qualitativ hochwertig ist, wird für eine alternde Gesellschaft an Bedeutung zunehmen. Sie muss allen offenstehen, und darf nicht vom Geldbeutel und der individuellen Lebenslage abhängen. Mit der grünen Bürgerversicherung schaffen wir mehr Solidarität für alle. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich nach ihren finanziellen Möglichkeiten an der Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen. Wir wollen ein zukunftsfestes, gerecht finanziertes Gesundheitswesen, das alle einbezieht.

ALTERN – SELBSTBESTIMMT UND MOBIL

Das Recht auf Selbstbestimmung hat für uns keine Altersgrenze und gilt selbstverständlich auch für diejenigen, die beeinträchtigt sind. Wir setzen uns gegen jede Form von Altersdiskriminierung ein. Das betrifft etwa die Altersgrenze beim Ehrenamt als Schöffe vor Gericht, aber auch das Renteneintrittsalter. Wie der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand aussieht, sollen Menschen grundsätzliche nach Ihren Bedürfnissen gestalten können. Das kann ein gleitender Wechsel in die Rente sein, indem etwa Arbeitszeiten reduziert werden oder die Möglichkeit, auch über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Oder aber der klare Schlussstrich unter das Arbeitsleben durch den Bezug der vollen Altersrente. Über die Erwerbsminderungsrente hinaus wollen wir für besonders beeinträchtigte Beschäftigte die Möglichkeit schaffen, eine abschlagsfreie Teilrente schon ab dem 60. Lebensjahr zu beziehen.

Zur Selbstbestimmung gehört auch, sich entsprechend den eigenen Bedürfnissen fortbewegen zu können. Insbesondere für Menschen mit Beeinträchtigungen ist es wichtig, in ihrer Lebenswelt keine Barrieren überwinden zu müssen. Von weniger Barrieren im Alltag haben am Ende alte Menschen genauso etwas wie Menschen im Rollstuhl oder Eltern, die mit ihrem Nachwuchs im Kinderwagen unterwegs sind. Zentral ist für uns, mehr Anreize zu schaffen, Wohnungen altersgerecht umzubauen. Der

Bedarf ist riesig. Daher muss das KfW-Angebot „Altersgerecht Umbauen“ deutlich ausgebaut und vereinfacht werden, z.B. durch mehr Zuschüsse und eine Informationskampagne.

Der hohe Bordstein, die Ampel, die zu schnell auf Rot schaltet – all das kann Menschen, die beeinträchtigt sind, das Leben erschweren. Diese Barrieren im öffentlichen Raum wollen wir konsequent abbauen. Mit einem „Bewegungsfreiheitsbonus“ wollen wir in die Zukunft investieren und den barrierefreien Umbau von Wohnungen und dem Wohnumfeld fördern. Damit erhalten EigentümerInnen und die Wohnungswirtschaft Anreize, sich stärker für altersgerechte Umbaumaßnahmen zu engagieren.

Wir Grüne wollen die Nutzung des ÖPNV radikal vereinfachen und die Angebots- und Zugangsqualität erhöhen. Dazu wollen wir ein „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ auflegen. Alles muss künftig mit einer Mobilitätskarte ohne Auto einfach und barrierearm nutzbar sein. Wir wollen so gleichzeitig eine Mobilitätsgarantie im ganzen Land sicherstellen. Wo die Verbindungen mit Bahnen und Bussen aufhören, wollen wir mehr Carsharing und Ridesharing etablieren und in die Angebote des öffentlichen Verkehrs einbinden. Von der Mobilitätsgarantie mit vernetzten Angeboten der unterschiedlichen Verkehrsmittel können vor allem die Bewohner ländlicher Regionen profitieren, für die bisher der Zwang zum Auto praktisch zementiert ist. Gute Mobilitätspolitik legt jedoch zugleich einen hohen Stellenwert auf die Selbstbeweglichkeit von Menschen – egal welchen Alters. Dazu gehört die Chance, die sich mit der Entwicklung automatisierten Fahrens für ältere Menschen eröffnet. Sie könnten so länger mit dem eigenen Pkw sicher mobil bleiben. Grüne Mobilitätspolitik möchte, dass Menschen selbst in Bewegung sein können – egal wie alt sie sind. Ein Teil der Lösung muss weiterhin sein, die Auseinanderentwicklungen von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Einkaufen effektiv zu stoppen und Distanzen in der Stadt der kurzen Wege zu verringern. Grüne Verkehrspolitik setzt ganz gezielt auf mehr Radverkehr – um Innenstädte von Verkehrsdichte zu entlasten, um Lebensqualität zu erhöhen und um Gesundheit zu fördern. Die Elektrifizierung erschließt dem Rad gerade neue ältere Zielgruppen und erweitert seinen Radius. Wir Grüne wollen gute Radverkehrsverhältnisse im ganzen Land und für die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite. Radfahren muss für alle leichter, bequemer und sicherer werden – vom Kindergartenkind bis zur Generation „Siebzig plus“.

Selbstbestimmung bedeutet für uns auch, sich für neue Wohn- und Lebensformen entscheiden zu können: dazu gehört die Alten-WG genauso wie das Wohnprojekt von Studierenden mit jungen Flüchtlingen oder das Mehrgenerationenhaus. Die Vielfalt unseres Zusammenlebens im Einwanderungsland Deutschland soll sich auch in der Wohnungspolitik spiegeln. Wir wollen generationsübergreifende und interkulturelle Vielfalt unterstützen. Mit Freunden oder Bekannten zusammen zu wohnen, kann im Alter vor Vereinzelung und Vereinsamung schützen. Zumal wenn die eigenen Kinder weit entfernt in einer anderen Stadt leben. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft sollen genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohnformen stärker gefördert werden. Dazu gehören eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und auch passende Kreditangebote, die diesen neuen Wohnmodellen einen Schub geben. Denn die vielen erfolgreichen Pilotprojekte zum gemeinsamen und generationsübergreifenden Wohnen brauchen eine Chance, sich überall in Deutschland etablieren zu können. Auch mit Blick auf steigende Mieten und zunehmend knapperen Wohnraum sind diese Projekte und Konzepte essentiell – nicht nur für Ältere.

Mit zunehmendem Alter leben Menschen häufiger alleine und wünschen sich trotzdem, von einer vertrauten und unterstützenden Nachbarschaft umgeben zu sein. Alleine zu leben, muss nicht heißen, einsam zu sein. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, beim Wohnen und in der Quartiersentwicklung Angebote voranzutreiben, die Gemeinschaft und Nachbarschaft fördern. Gerade wenn weite Wege zur Herausforderung werden, ist die soziale Einbindung in die Nachbarschaft und ins Quartier entscheidend für eine gute Lebensqualität. Auch Hochaltrige, Pflegebedürftige und Menschen in stationären Einrichtungen brauchen Menschen und Gesellschaft um sich herum. Dafür wollen wir das Programm Soziale Stadt und die darin vorgesehenen Mitteln für Nachbarschafts- und gemeinschaftsfördernde Projekte stärken.

ALTERN – BERUFLICH UND SOZIAL AKTIV

Ein gutes Leben im Alter ist nicht nur eine Frage des Geldes; Lebensqualität hängt für viele auch damit zusammen, sich eingebunden und gebraucht zu fühlen. Möglichkeiten die eigene Lebenserfahrung und das berufliche Wissen einzubringen, spielt dafür eine grundlegende Rolle. In einer alternden Gesellschaft brauchen wir alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, denn das Erfahrungswissen der Älteren wird weiterhin gebraucht. Unternehmen können es sich nicht länger leisten, die Kompetenzen der Älteren brach liegen zu lassen. Wir brauchen einen Generationenmix aus Jungen und Älteren, denn sie bringen Innovationen und Erfahrungswissen ein. Allen Beschäftigten muss bis zur Rente offenstehen, sich im Sinne des lebenslangen Lernens beruflich (weiter-)zubilden. Unser grünes Weiterbildungsmodell BildungsZeit Plus unterstützt Menschen mit einem individuellen Mix aus Darlehen und Zuschuss dabei, eine Weiterbildung zu finanzieren. Sie hilft Menschen, den Lebensunterhalt zu sichern, auch wenn sie während der Weiterbildung weniger Stunden arbeiten können. Damit wird lebenslanges Lernen auch für Menschen mit geringem Einkommen möglich.

Viele Menschen möchten in der Rentenzeit aktiv sein – für sich selbst und andere. Sie möchten ihre Erfahrungen einbringen und neue hinzugewinnen. Ob beim Einsatz als „Leihopa“ oder als „Jobpatin“ bei der Flüchtlingsinitiative – davon profitieren beide Seiten. Das setzt voraus, dass es vielfältige, geeignete Möglichkeiten gibt, sich zu engagieren und sich dabei weiter zu qualifizieren. Angebote, die Engagement fördern, sollten auf Dauer angelegt sein und klaren Rahmenbedingungen folgen. Mit ausreichend finanziellen Mittel können innovative (Modell-) Projekte Impulse setzen.

Gesellschaftliche Teilhabe ist in heutiger Zeit in wesentlichem Maße vom Zugang zu Kommunikationsmitteln abhängig. Für viele Großmütter ist es heute schon selbstverständlich, ihre Enkel in Kanada über Skype zu fragen, wie die Abiprüfung war. Oder sich im Netz die Zugfahrkarte zu buchen. Ältere Menschen nutzen zunehmend elektronische Medien und das Internet. Schnelles Internet erleichtert ihnen, Kontakt zu Kindern und Freunden zu halten. Wir fordern, einen systematischen Breitbandausbau, damit schnelles Internet nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land überall verfügbar ist. Da sich die Menschen schon jetzt und zukünftig noch mehr im Internet informieren, sollte es eine bundesweite Onlineplattform mit Informationen rund ums Alter geben. Sie soll Informationen und Fragen sammeln, und Hinweise zu weiterführenden Stellen geben – etwa zur Deutschen Rentenversicherung oder zur Verbraucherzentrale.

BERATUNG UND ANGEBOTE VOR ORT BESSER VERNETZEN

Wo finde ich Infos über gemeinschaftliches Wohnen? Wie kann ich mich in meinem Kiez engagieren? Gibt es Weiterbildungsangebote für mich als Rentnerin? Zwar gibt es für viele Fragen heute bereits Antworten oder Unterstützung: Allein, die Menschen, die sie brauchen, wissen oft davon nichts. Darum wollen wir das Förderprogramm für „Lotsen-, Informations- und Vernetzungsstellen – LIVE“ initiieren. LIVE soll Bestehendes vernetzen und Neues anstoßen. Als Ansprechstelle für Fragen rund ums Alter sorgt sie für mehr Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe im Wohnviertel.

Gemeinsam mit den BürgerInnen soll vor Ort diskutiert und erarbeitet werden, was sich die Menschen für ein gutes Leben im Alter wünschen. Das können neue Parkbänke, längere Grünphasen an der Fußgängerampel oder auch Tanzkurse sein. Gesundheitsbelastungen, wie Stress, Lärm oder auch Einsamkeit gilt es gemeinsam zu minimieren. Anlaufstellen, die nach dem LIVE-Programm arbeiten, müssen für ältere Menschen gut erreichbar sein und unabhängige Beratung anbieten. Bei Fragen, die nicht vor Ort beantwortet werden können – zu Rente und Pflegeberatung oder zu Jobangeboten für Ältere – vermittelt LIVE an nächstgelegene Fachberatungsstellen oder Behörden.

ANHANG

Die vier Dimensionen des Grüne Konzepts „Gut Leben im Alter“



Bisherige Grüne Initiativen für das Konzept: „Gut Leben im Alter“

- Flexible und sichere Rentenübergänge ermöglichen. Drs. 18/5212
- Altersarmut bekämpfen. Drs. 17/13493
- Integration Älterer in den Arbeitsmarkt verbessern. Drs. 17/5235
- Damit Bürgerschaftliches Engagement grünt und sprießt. Fraktionsbeschluss: Juni 2015
- Gute Pflege braucht sichere und zukunftsfeste Rahmenbedingungen. Drs. 18/6066
- Gute Versorgung am Lebensende sichern – Palliativ- und Hospizversorgung stärken. Drs. 18/4563
- Gesundheitsversorgung umfassend verbessern – Patienten und Kommunen stärken, Strukturdefizite beheben, Qualitätsanreize ausbauen. Drs. 18/4153
- Die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechts-konform gestalten. Drs. 18/3155
- Heute für morgen investieren – Damit unsere Zukunft nachhaltig und gerechter
- wird. Drs. 18/4689
- Entschließungsantrag zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes. Drs. 18/5324
- Änderungsantrag zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Mietpreisbremse Drs. 18/4224
- ÖPNV-Offensive, Fraktionsbeschluss: September 2014 „Schnelles Internet – überall“ Fraktionsbeschluss: November 2015
- SOLIDARITÄT WIRKT! DIE GRÜNE PFLEGE-BÜRGERVERSICHERUNG. Fraktionsbeschluss von 27.3.2012